



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 3 vom 8.2.2013

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- BE in Rheinland-Pfalz: Regierungserklärung von MP Malu Dreyer
- Adalbert Evers: Engagementförderung - aber mit welchen Konzepten?
- Anna Waldhausen: Soziale Innovation in Europa
- Michael Lederer: Vorarlberg verankert partizipative Demokratie

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Ehrenamtsstärkungsgesetz im Bundestag beschlossen
- Chance zur Stärkung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen verpasst
- Enquete-Kommission: Mehrindikatorenansatz statt BIP
- Enquete-Kommission: Weniger Indikatoren gefordert
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 30. Sitzung
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 29. Sitzung

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Aktionswoche 2013: Termin und Thementage stehen fest
- INKA Projekt-Homepage online
- 1. INKA-Workshop zu Schadensszenarien: Bericht
- BE in Kindertagesstätten: Dokumentation

FACHDISKURS

- BE in der Einwanderungsstadt Berlin: Tagung
- »Anlaufstellen für ältere Menschen«: Förderprogramm noch bis 15. Februar
- Jahresstatistik 2012 des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen
- Vereins-Beratung online beim DFB
- Das ABC der Demokratiepädagogik der DeGeDe um BE erweitert

- Gesa Birnkraut u.a. (Hg.): Jahrbuch für Management in NPO (Publikation)
- Doris Rosenkranz / Angelika Weber (Hg.): Freiwilligenarbeit (Publikation)
- Johannes Emmerich: Die Vielfalt der Freiwilligenarbeit (Publikation)
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

BE in Rheinland-Pfalz: Regierungserklärung von MP Malu Dreyer

In ihrer Regierungserklärung in der 42. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtages am 30. Januar 2013 hat die neue Ministerpräsidentin Malu Dreyer einen deutlichen, persönlichen Schwerpunkt in den Themen bürgerschaftliches Engagement und Partizipation gesetzt. So will die Ministerpräsidentin ausdrücklich über die bisher vorhandene Dialogkultur in Rheinland-Pfalz hinausgehen: »Ich will neue Formen der Zusammenarbeit von Bürger und Staat. Ich will das staatliche Handeln transparenter machen, die Beteiligung, die politische Partizipation erleichtern, das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken und das Gespräch, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen pflegen...« Konkret will sie ein Transparenzgesetz, das »einen Kulturwandel im Staat, speziell der Verwaltung, bewirken« soll, damit gut informierte Bürger auch mitwirken bzw. Entscheidungen nachvollziehen können. Ebenso will sie Bürgerbeteiligung zu einer Querschnittsaufgabe der Verwaltung machen, das Quorum für Volksbegehren deutlich senken, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und einen Beauftragten für ehrenamtliches Engagement ernennen. Im Blick hat sie das Thema aber ebenso bei der Strukturentwicklung im ländlichen Raum, etwa in Form der Förderung von Genossenschaften, die Formen von gemeinschaftlichem Wohnen und aktiver Nachbarschaft im Dorf realisieren.

Regierungserklärung unter

http://www.rlp.de/no_cache/ministerpraesidentin/malu-dreyer/reden/?cid=124855&did=104447&sechash=821b9a3f

nach oben

Adalbert Evers: Engagementförderung - aber mit welchen Konzepten?

Engagementförderung wird schnell zu einer Diskussion, in der es um definierbare Dienstleistungen, Geldmittel und Organisationsfragen geht. Prof. Dr. Adalbert Evers, Universität Giessen, konzentriert sich in seinem Beitrag dagegen auf eine konzeptionelle Diskussion. Dabei diskutiert er zunächst die Notwendigkeit, Prioritäten in der Engagementpolitik zu setzen. Er plädiert dafür, dass Kommunen in ihre Leitbilder das Thema bürgerschaftliches Engagement integrieren und Einrichtungen der Engagementförderung als Entwicklungsagenturen begreifen. In einem zweiten Schritt betrachtet Evers häufig beschrittene Wege, die er zumindest für problematisch hält, etwa die

»Verdienstlichung« und »Verjobbung« von Engagement. Abschließend macht er den Vorschlag, einige Elemente von Engagement stärker zu betonen, die heute in der Regel zu kurz kommen. So spricht er sich für Konzepte und Angebote zur Förderung von (Um-) Lernmöglichkeiten auch bei Verwaltung, Professionellen und Unternehmen im Umgang mit Engagement und Engagierten aus. Bei dem Beitrag handelt es sich um ein Impulsreferat zur Tagung »Zukunftsfaktor Bürgerengagement« des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen am 5. Dezember 2012.

Gastbeitrag von Aldalbert Evers unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_gastbeitrag_evers.pdf (59 kB)

nach oben

Anna Waldhausen: Soziale Innovation in Europa

Die Europäische Union hat das Thema soziale Innovation und soziales Unternehmertum seit längerer Zeit auf ihrer Tagesordnung, um soziale Dienstleistungen in Europa zu verbessern. Die derzeitigen und geplanten EU-Initiativen und Aktionen waren Ausgangspunkt einer Konferenz zum Thema »Neue Spielräume oder neue Beschränkungen? Soziale Innovation und Anbieter von sozialen Dienstleistungen in Europa«. Sie wurde organisiert von der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Anna Waldhausen, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt a.M. und Mitarbeiterin der »Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa«, stellt in ihrem Gastbeitrag zentrale Themen und Kontroversen der Konferenz dar. Dabei kommt die Diffusität des Konzepts ebenso in den Blick wie die Perspektive der Zivilgesellschaft auf diesen Diskurs und eine damit begründete Förderpolitik.

Gastbeitrag von Anna Waldhausen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_gastbeitrag_waldhausen.pdf (41 kB)

nach oben

Michael Lederer: Vorarlberg verankert partizipative Demokratie

Neuheiten und Innovationen gehen häufig nicht von Zentren aus, in denen mit der Konzentration von Macht auch Konformitätsdruck und Kontrolle steigen. Der Vorarlberger Landtag hat am 31. Januar 2013 eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der er sich zur direkten sowie zur partizipativen Demokratie bekennt. Mit dieser Novität soll eine neue Beteiligungskultur in der dortigen Region etabliert werden. Michael Lederer, Büro für Zukunftsfragen in Vorarlberg, stellt die Besonderheit dieser Entscheidung heraus, durch die gerade auch die Dimension partizipativer Ergänzung repräsentativer Verfahren in der

Landesverfassung verankert wird. Dabei hat sich schon in den letzten Jahren in Voralberg als eine vielversprechende Methode der partizipativen Demokratie die Institution des Bürgerrates herausgestellt, die der Autor darstellt.

Gastbeitrag von Michael Lederer unter

<http://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_gastbeitrag_lederer.pdf.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_gastbeitrag_lederer.pdf.pdf)

(90 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Ehrenamtsstärkungsgesetz im Bundestag beschlossen

Am 1. Februar 2013 fand die 2. und 3. Lesung im Bundestag des »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz / Ehrenamtsstärkungsgesetz« statt, nachdem es am 16. Januar 2013 den Finanzausschuss passiert hatte (BBEnewsletter 23/2012, 24/2012, 2/2013). Im Finanzausschuss war aus dem ursprünglichen »Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz« (17/11316, 17/11632, 17/12037) ein »Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamts (Ehrenamtsstärkungsgesetz)« geworden. Der Bundestag beschloss nach 110minütiger Debatte das Gesetz mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der SPD-Fraktion. Von der Regierungsmehrheit abgelehnt wurde zugleich ein Gesetzentwurf des Bundesrates zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Verein (17/5713, 17/121215) sowie Anträge der Fraktion Die Linke (17/7646, 17/7653, 17/11253 Buchstabe a und b), nach denen Aufwandsentschädigungen für kommunale Mandate und bürgerschaftliches Engagement nicht auf Grundsicherung und Sozialhilfe angerechnet werden sollen. Auch weitere Änderungsanträge der SPD (17/12189), der Linksfraction (17/12190) und der Grünen (17/12191) zum Gesetzentwurf der Koalition fanden keine Mehrheit.

Videoaufzeichnung der Debatte unter

<http://dbtg.tv/fvid/2147189>

Protokoll der Sitzung unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17220.pdf>

nach oben

Chance zur Stärkung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen verpasst

Das BBE, so Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein, bedauert, dass trotz fachpolitischem Konsens im Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« unterlassen wurde, im Gemeinnützigkeitsrecht den Zweck der »Förderung des bürgerschaftlichen Engagements« substantiell zu erhärten. Damit wurde eine große Chance verpasst, den engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen, die in der ganzen Breite des Engagements fördern und damit zu allen anderen

gemeinnützigen Zwecken substantiell beitragen, eine zweifelsfreie Gemeinnützigkeit aus eigenem Recht zu ermöglichen. Zu den Betroffenen zählen Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und auch Netzwerke der Engagementförderung. Auf den dringlichen Reformbedarf hatte schon im Oktober des vergangenen Jahres das »Bündnis für Gemeinnützigkeit« der großen zivilgesellschaftlichen Dachverbände hingewiesen.

Presseerklärung vom Bündnis für Gemeinnützigkeit unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_pm_buendnis_fuer_gemeinnuetzigkeit.pdf (255 kB)

Weitere Informationen unter
<http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org>

nach oben

Enquete-Kommission: Mehrindikatorenansatz statt BIP

»Wir steigern das Bruttosozialprodukt, ja, ja, ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt«, ironisierte vor 35 Jahren ein Song von Geier Sturzflug die Verwechslung von materiellem Reichtum und gelingendem Leben. Am 28. Januar 2013 beschloss die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages, die Wohlfahrt der Gesellschaft künftig nicht mehr nur über das quantitativ ausgerichtete Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu berechnen. Mit einem Mehrindikatorenansatz sollen neben dem materiellen Wohlstand auch die Ökologie sowie die soziale Lage in der Bevölkerung und das Maß an Teilhabe am politischen Leben berücksichtigt werden. Der Ansatz war in der Projektgruppe 2 »Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/ Fortschrittsindikators« der Enquete-Kommission entwickelt worden. Gemessen und kommuniziert werden sollen 10 Indikatoren, 9 Warnlampen und 1 Hinweislampe. Bürgerschaftliches Engagement oder Sozialkapital werden dabei indirekt über den Weltbank-Indikator »Voice and Accountability« berücksichtigt, der einer der Leitindikatoren zur Messung des Bereichs »Soziales und Teilhabe« sein soll. Die Vertreter von CDU/CSU, SPD und FDP in der Kommission stimmten für den Vorschlag aus der Projektgruppe 2.

Weitere Informationen unter
http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42556463_kw05_p_a_enquete_wachstum/index.html

Abschlussbericht der Projektgruppe unter
http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/87_Abschlussbericht_PG_2.pdf

nach oben

Enquete-Kommission: Weniger Indikatoren gefordert

Obleich über die Verabschiedung einer einseitigen Orientierung am BIP alle Parteien einig waren, stimmten die Vertreter der Linken und Bündnis 90/Die Grünen gegen den von der Kommissionmehrheit beschlossenen Ansatz. Sie kritisieren ihn als zu komplex für eine öffentliche Kommunikation und als zu redundant für politische Steuerung. DIE LINKE favorisiert ein Modell mit drei Indikatoren, das »Trio der Lebensqualität«. Bürgerschaftliches Engagement kommt hier nicht als Teil eines Indikators, sondern als zusätzlicher Aspekt unter dem Stichwort »Qualität der Demokratie« vor. DIE GRÜNEN setzen mit vier Indikatoren auf den »Wohlstandskompass«, wobei bürgersch aftliches Engagement indirekt über den Indikator »Lebenszufriedenheit« eine Rolle spielen kann.

Weitere Informationen zum Trio der Lebensqualität unter <http://www.matthias-w-birkwald.de/serveDocument.php?id=222.25c.pdf>

Weitere Informationen zum Wohlstandskompass unter http://www.valerie-wilms.de/startseite/volltext-startseite/article/das_gruene_indikatorenmodell_der_wohlstandskompass/

nach oben

Unterausschuss BE: Protokoll zur 30. Sitzung

Am 12. Dezember 2012 fand die 30. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages statt. Das Protokoll der Sitzung liegt vor. Inhaltlich ging es um die Vorstellung der Studien von Prof. Dr. Ruud Koopmans (Wissenschaftszentrum Berlin) zum Thema »Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement« sowie von Susanne Huth (INBAS-Sozialforschung) zum Thema »Freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund - Vergleichende Fallstudien in multiethnischer Perspektive«. In Verbindung damit fand eine gemeinsame Diskussion mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) statt. Desweiteren wurde der Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts besprochen.

Protokoll unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/30__Sitzung_Kurzprotokoll_m__Anlagen.pdf

nach oben

Unterausschuss BE: Protokoll zur 29. Sitzung

Am 7. November 2012 fand die 29. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages statt. Das Protokoll der Sitzung liegt vor. Inhaltlich sollte es um die Vorstellung und Diskussion

aktueller Studien zu lokalen Infrastruktureinrichtungen und Netzwerken der Engagementförderung gehen, was aber wegen Erkrankung der geladenen Experten entfiel. Ausführlich wurden die Punkte aktuelle Gesetzesvorhaben (Ehrenamtsförderungsgesetz) und Verschiedenes behandelt.

Protokoll unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/29__Sitzung_Kurzprotokoll.pdf

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Aktionswoche 2013: Termin und Thementage stehen fest

Der Termin für die diesjährige Woche des bürgerschaftlichen Engagements steht fest. Sie findet vom 10. bis 21. September 2013 statt. Wie in den Jahren zuvor, hebt die Aktionswoche drei inhaltliche Schwerpunkte hervor, die in all ihren Aspekten beleuchtet und diskutiert werden. Für 2013 sind folgende Thementage geplant: Unternehmensengagement im Bereich »Partnerschaften« am 12. September, Rahmenbedingungen für Engagement am 16. September sowie Partizipation und Bürgerbeteiligung am 19. September. Einzelinitiativen, Verbände, Institutionen und Unternehmen sind herzlich eingeladen, ihre Aktivitäten zu den Thementagen in besonderer Form - z.B. in unseren Sonderinfolettern mit Informationen und Best-Practice-Beispielen zu präsentieren. Die Sonderinfoletter werden an den jeweiligen Schwerpunkttagen publiziert.

Weitere Informationen unter

http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com_content&view=article&id=832&Itemid=479

nach oben

INKA Projekt-Homepage online

Der Katastrophenschutz in Deutschland basiert zu einem großen Teil auf den Leistungen freiwilliger Helfer. Doch der demographische Wandel, die Aussetzung der Wehrpflicht und der Wandel des Ehrenamts stellen Rettungs- und Hilfsorganisationen immer stärker vor die Herausforderung, attraktive Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige zu schaffen. Den Fragen, wie dies gelingen kann und wie Freiwillige professionell in den Katastrophenschutz integriert werden können, geht das Forschungsprojekt INKA nach, an dem auch das BBE als Partner mitwirkt. Ausführliche Informationen zum Projekt sind ab jetzt online zugänglich. Der nächste BBE-Newsletter wird ausführlich mit dem Projekt beschäftigen.

INKA Projekt-Homepage unter
<http://www.inka-sicherheitsforschung.de>

nach oben

1. INKA-Workshop zu Schadensszenarien: Bericht

Am 23. Januar 2013 trafen sich im Berliner Generalsekretariat des DRK ca. 35 Teilnehmende im Rahmen des Projekts INKA zum Workshop »Schadensszenarien - Anforderungen an freiwillige HelferInnen und Hilfsorganisationen zu deren Bewältigung«. Nach der Begrüßung durch den Generalsekretär des DRK, Clemens Graf von Waldburg-Zeil, bot der Workshop zunächst allen Partnern die Gelegenheit, sich über ihre Erwartungen an das Projekt auszutauschen. Danach diskutierten die Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und den Rettungs- und Hilfsorganisationen in parallelen Arbeitsgruppen, welche Aufgaben bei den Großschadenslagen Hochwasser, Stromausfall und Evakuierung anfallen, inwieweit dabei Freiwillige eingesetzt werden können und welche Kompetenzen diese für die Bewältigung der Aufgaben mitbringen müssen.

nach oben

BE in Kindertagesstätten: Dokumentation

Am 19. und 20. April 2012 fand unter dem Titel »Bürgerschaftliches Engagement in Kindertagesstätten« in Mainz eine gemeinsame Fachtagung des BBE, der Staatskanzlei und des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz, der Bertelsmann Stiftung sowie der Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände und der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz statt. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich in Fachvorträgen, Podiumsgesprächen und Workshops über Bedeutung, Möglichkeiten und Perspektiven der Ausgestaltung freiwilligen Engagements in Kitas. Die vorliegende Dokumentation stellt Inhalte und Ergebnisse der Fachtagung vor.

KITA-Dokumentation unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/be_in_kitas_2012_web.pdf

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

BE in der Einwanderungsstadt Berlin: Tagung

Am 18. Februar 2013 findet von 13.30 bis ca. 16.50 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Tagung zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsstadt Berlin« statt. Dort sollen Strukturen, Mechanismen und Gelingensbedingungen von bürgerschaftlichem Engagement in Berlin als Einwanderungsstadt diskutiert werden. Eingeladen sind Hella Dunger-Löper,

Staatssekretärin und Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement in Berlin, Read Saleh, SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitbegründer von »Stark ohne Gewalt e. V.«, Farhad Dilmaghani, Staatssekretär für Integration und Arbeit in Berlin, Nalan Arkat, Referatsleiterin Bürgerschaftliches Engagement in der Türkischen Gemeinde Berlin, Aziz Bozkurt, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt, SPD Berlin, Prof. Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Berlin e. V. sowie weitere Entscheidungsträger. Das zusammenfassende Schlusswort spricht Prof. Dr. Roland Roth.

Einladung zur Tagung unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/02/nl03_fes_einladung_be_in_berlin.pdf (268 kB)

nach oben

»Anlaufstellen für ältere Menschen«: Förderprogramm noch bis 15. Februar

Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung führt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in Kooperation mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. das Interessenbekundungsverfahren zum Förderprogramm »Anlaufstellen für ältere Menschen« durch. Noch bis zum 15. Februar 2013 haben Träger und Kommunen die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Ziel ist es, schrittweise ein flächendeckendes Netz von organisierter Hilfe im Quartier aufzubauen. Gesucht werden daher praxisnahe Konzepte und Lösungen, die gemeinsame Aktivitäten in der Nachbarschaft organisieren, Mobilität, Teilhabe und freiwilliges Engagement fördern oder Hilfe, Betreuung und Pflege ermöglichen. Das Programm fördert sowohl bereits bestehende Projekte in der Umsetzung oder hilft Projekten ohne bestehende Strukturen bei der (Weiter-) Entwicklung fachübergreifender Handlungskonzepte.

Weitere Informationen unter

<http://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/anlaufstellen-aeltere-menschen.html>

nach oben

Jahresstatistik 2012 des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat am 31. Januar 2013 seine Jahresstatistik 2012 zum deutschen Stiftungssektor veröffentlicht. Danach wurden im vergangenen Jahr 645 neue rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts gegründet (+3,2 Prozent). Im Schnitt kommen auf je 100.000 Einwohner 24 Stiftungen, wobei der Stadtstaat Hamburg (70) und das Flächenland Hessen (29) in der Stiftungsdichte vorne liegen und die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (10) und Brandenburg (7) auf den letzten Plätzen rangieren. Auf Platz eins im Städteranking liegt Würzburg (82); als erste Stadt aus dem

ehemaligen Osten hat es Potsdam (31) auf Platz 36 geschafft. Bundesweit gibt es aktuell 19.551 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts mit einem Gesamtvermögen von 70 Milliarden Euro. Neben der Präsentation aktueller Zahlen stand das »Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes« im Mittelpunkt. Prof. Dr. Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes, richtete ein Appell an die Politik, dieses zügig zu verabschieden. Das Gesetz enthalte eine Reihe von begrüßenswerten zivil- und steuerrechtlichen Änderungen, gleichwohl für die Zukunft Nachbesserungsbedarf bestehe, so Fleisch.

Weitere Informationen unter

<http://www.stiftungen.org/index.php?id=3763>

nach oben

Vereins-Beratung online beim DFB

Der Deutsche Fußball Bund (DFB) hat eine umfangreiche Online-Beratung für Vereine ins Netz gestellt, die nicht nur für Fußballvereine interessant sein dürfte. Neben direkten Mailanfrage-Möglichkeiten gibt es eigene Unterseiten zu Themen wie »Junges Ehrenamt gewinnen«, »Moderne Vereinsverwaltung« oder auch das »Vereins-Informations-Beratungs- und Schulungssystem (VIBSS)« des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen mit vielen Tipps zu Finanzen, Recht und Sponsoring.

Weitere Informationen unter

<http://training-wissen.dfb.de/index.php?id=523439>

nach oben

Das ABC der Demokratiepädagogik der DeGeDe um BE erweitert

Das online verfügbare ABC der Demokratiepädagogik der deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) wurde jetzt um den Eintrag »bürgerschaftliches Engagement« erweitert. Bei diesem ABC handelt es sich nicht um ein einfaches Bedeutungswörterbuch, sondern es werden Informationen zu »demokratiepädagogischen Lernarrangements« zur Verfügung gestellt. Zurzeit gibt es solche Informationen zu 34 zentralen Begriffen, von Audit über Elternbeteiligung bis hin zu Klassenrat, Partizipation und Zivilcourage. Rebekka Bendig und Reinhild Hugenroth haben den Beitrag verfasst. Für sie stellen Demokratielernen und Engagementförderung zunächst einmal zwei unterschiedliche Bereiche dar, die nicht zwingend zusammen gedacht werden müssen: »Stellt man den Zusammenhang aber bewusst her, ergeben sich daraus Chancen für die Weiterentwicklung einer aktiven demokratischen Gesellschaft.«

Weitere Informationen unter

<http://degede.de/abc-demokratiepaedagogik.0.html>

nach oben

Gesa Birnkraut u.a. (Hg.): Jahrbuch für Management in NPO (Publikation)

»Evaluation« und »Finanzierung« als thematische Dauerbrenner in der Nonprofit-Szene bilden den Schwerpunkt im ersten Band »Jahrbuch für Management in Nonprofit-Organisationen 2012« (Lit Verlag, 2012), herausgegeben von Prof. Gesa Birnkraut, Dr. Rainer Lisowski, Prof. Stefanie Wesselmann und Prof. Rolf Wortmann. Die Autoren sind an der Hochschule Osnabrück tätig, an der seit 2005 der Masterstudiengang Management in Nonprofit-Organisationen angeboten wird. Das Jahrbuch versteht sich als Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, greift aktuelle Forschungsfragen auf und bietet den Studierenden der NPO-Studiengänge ein Forum für ihre Forschungsprojekte. Der Schwerpunkt »Evaluation« vermittelt sowohl einen Überblick über die Evaluationsforschung, als auch konkrete Anwendungsmöglichkeiten bestimmter Instrumente. Das Thema »Finanzierung« geht u.a. auf neue Formen der differenzierten Ansprache im Fundraising ein.

Buch bestellen unter

http://www.litwebshop.de/index.php?main_page=product_info&products_id=10184

nach oben

Doris Rosenkranz / Angelika Weber (Hg.): Freiwilligenarbeit (Publikation)

In nunmehr 2. überarbeiteter Auflage präsentiert sich das Grundlagenwerk »Freiwilligenarbeit. Einführung in das Management von Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit« (Beltz Juventa, 2012), herausgegeben von Doris Rosenkranz und Angelika Weber, im neuen Gewand. Der Sammelband gehört zu den Grundlagentexten für soziale Berufe und richtet sich in erster Linie an PraktikerInnen und Studierende des Sozialen Managements. Ausgehend von der Prämisse eines deutlichen Umbruchs in der Freiwilligenarbeit bündelt der Sammelband grundlegende Fragen des Managements von Freiwilligen. Dazu gehören Fragen, wie soziales Engagement überhaupt entsteht und wie es aufrechterhalten werden kann, über gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die Chancen von Social Media, bis hin zu Qualitätssicherung, Rechtsfragen und Corporate Citizenship. Der zweite Teil des Bandes zeigt anhand von Praxisbeispielen, welche Aufgaben sich für öffentliche und private Träger der Wohlfahrtspflege aus den genannten Überlegungen ergeben.

Buch bestellen unter

<http://www.beltz.de/de/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm/detailansicht/titel/freiwilligenarbeit-1.html>

nach oben

Johannes Emmerich: Die Vielfalt der Freiwilligenarbeit (Publikation)

Warum engagieren sich Menschen freiwillig und in welchen Bereichen engagieren sie sich wie intensiv? Diesen zentralen Fragestellungen geht Johannes Emmerich in seiner Dissertationsschrift »Die Vielfalt der Freiwilligenarbeit. Eine Analyse kultureller und sozialstruktureller Bedingungen der Übernahme und Gestaltung von freiwilligem Engagement« (Lit Verlag, 2012) in theoretischer Erörterung nach. Emmerich stützt sich dabei auf vorhandene Daten der Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009. Ausgehend von der Überlegung, dass sich Strukturen sozialer Ungleichheit in der Zivilgesellschaft fortsetzen, nimmt der Autor u.a. Zugangschancen zu r Freiwilligenarbeit unter die Lupe und untersucht, welche Werte und Glaubensvorstellungen neben der notwendigen Ressourcenausstattung (Zeit, Kompetenz, soziale Beziehungen) die Übernahme einer Freiwilligenarbeit beeinflussen.

Buch bestellen unter

http://www.litwebshop.de/index.php?main_page=product_info&cPath=22&products_id=9988

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 21. Februar 2013.
Redaktionsschluss ist der 14. Februar 2013.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Katrin Kwiatkowski, M.A.-Pol. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert vom:

